

Der Kreml und die baltische Frage 1956

VON TÖNU TANNBERG

Das Jahr 1956 stellt aufgrund des 20. Parteitags der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) zweifellos einen der Wendepunkte der sowjetischen Nachkriegsgeschichte dar. Den Vorschlag für die Einberufung dieses Kongresses hatte im April 1955 Nikita S. Chruščev formuliert, der zwei Jahre zuvor zum Parteichef aufgestiegen war. Er hat damals gewiss selbst noch nicht geahnt, dass dieses Parteiforum zu einem der zentralen Ereignisse während seiner vergleichsweise langen Regierungszeit (1953–1964) werden und es dem Jahr 1956 gleichsam einen magischen Anstrich verleihen würde. Heute ist es unvorstellbar über Chruščev als sowjetischen Führer zu sprechen, ohne dabei den 20. Parteitag und das Jahr 1956 zu erwähnen.

Obwohl Chruščev selbst es als seinen größten Verdienst erachtete, 1953 Lavrentij Berija beseitigt zu haben – so hat er es wenigstens später mehrmals bekannt¹ –, ist er vor allem als der Generalsekretär in die Geschichte eingegangen, der auf einer geschlossenen Sitzung des Parteitags einen Vortrag „Über den Personenkult und dessen Folgen“ hielt, in dem er Stalins Verbrechen erstmals öffentlich zur Sprache brachte. Es ist tatsächlich schwer, die Bedeutung dieser Rede zu überschätzen, da sie unerwartet weitreichende Folgen für die innenpolitische Entwicklung der Sowjetunion hatte. Und nicht nur das: Chruščevs Referat wurde auch zu einer wichtigen Wegsscheide für die von Moskau kontrollierten Ostblockstaaten, da seine Auswirkungen in den Ereignissen in Polen und Ungarn im Oktober und November 1956 gipfelten.²

Der Aufsatz ist im Rahmen des vom „Eesti Teadusfond“ unterstützten Forschungsprojekts Nr. 5715 verfasst worden. Eine erweiterte russischsprachige Version erscheint in der Zeitschrift *Ab Imperio* 8 (2007), Nr. 2. Dr. Karsten Brüggemann sei für wichtige Bemerkungen und Ergänzungen herzlich gedankt.

¹ Ю. В. Аксютин: Хрущевская «оттепель» и общественные настроения в СССР в 1953–1964 гг. [Chruščevs „Tauwetter“ und die Stimmung in der sowjetischen Gesellschaft 1953–1964], Москва 2004, S. 171.

² Zu den Ereignissen des Jahres 1956 sind in den letzten Jahren zahlreiche wichtige Studien erschienen. Hier beschränken wir uns auf die Nennung einiger wesentlicher Abhandlungen und Quellensammlungen: *The 1956 Hungarian Revolution: A History in Documents*, hrsg. von CSABA BEKES, MALCOM BYRNE, JÁNOS RAINER, New York 2002; *Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs“*. 17. Juni 1953 in der DDR. *Ungarische Revolution 1956*, hrsg. von ANDRÁS B. HEGEDÜS, MANFRED WILKE, Berlin 2000; *Das internationale Krisenjahr 1956: Polen, Ungarn, Suez*, hrsg. von WINFRIED HEINEMANN, NORBERT WIGGERSHAUS, München 1999; *Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956. Vom 17. Juni bis zum ungarischen*

Es kann nicht Ziel dieses Aufsatzes sein, die Hintergründe des 20. Parteitags oder die genannten außenpolitischen Ereignisse näher zu analysieren, dies würde den gegebenen Rahmen sprengen. Vor dem Hintergrund dieser umwälzenden Ereignisse soll hier in erster Linie darauf eingegangen werden, wie die baltische Frage in den Korridoren des Kreml rezipiert worden ist. Zugrunde liegen diesem Beitrag Dokumente einer zentralen Struktureinheit des ZK der KPdSU, der Abteilung für die Parteiorganisationen der Sowjetrepubliken, die im Russländischen Staatsarchiv der Neuesten Geschichte (*Российский государственный архив новейшей истории*) in Moskau aufbewahrt werden. Neben verschiedenen in letzter Zeit publizierten Quellensammlungen und Spezialstudien wurden ergänzend einschlägige Materialien des ZK der Kommunistischen Partei Estlands (KPE) herangezogen, die im Estnischen Staatsarchiv (*Eesti Riigiarhiiv*) zugänglich sind.

Nach dem 20. Parteitag: verschärfte Kontrolle der Gesellschaft

Noch Anfang 1956, als vor dem ordentlichen Allunions-Parteikongress die Parteitage in den Republiken abzuhalten waren, schien alles unter Kontrolle zu sein. So auch in den baltischen Republiken, in denen die Parteiforen im Januar stattfanden und von einer rundweg friedlichen Stimmung gekennzeichnet waren. Die Moskauer Zentrale hatte somit keinen besonderen Grund zur Besorgnis,³ und auch die Parteiführer der Sowjetrepubliken konnten nicht ahnen, mit welchen Überraschungen der für den 14.-25. Februar nach Moskau einberufene 20. Parteitag aufwarten würde. So schlug am letzten Kongresstag, dem 25. Februar, Chruščevs hinter verschlossenen Türen verlesener Bericht über den Personenkult Stalins wie ein Blitz im Kreml ein.

Sehr bald schon kursierten Gerüchte über Chruščevs Rede in der Gesellschaft. In Unkenntnis der Einzelheiten gab es zahlreiche Variationen über ihren Inhalt. Aber dass der Generalsekretär den „größten Freund der Völker“ praktisch zum „Volksfeind“ erklärt haben sollte,

schen Volksaufstand, hrsg. von JAN FOITZIK, Paderborn 2001; Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, hrsg. von HENRIK BISPINCK, JÜRGEN DANYEL, HANS-HERMANN HERTLE, HERMANN WENTKER, Berlin 2004; А.С. СТЫКАЛИН: Венгерский кризис 1956 года и политика Москвы [Die ungarische Krise 1956 und die Politik Moskaus], Москва 2003; Советский Союз и венгерский кризис 1956 года. Документы [Die Sowjetunion und die ungarische Krise 1956. Dokumente], Москва 1998; А. М. ОРЕХОВ: Советский Союз и Польша в годы «оттепели»: Из истории советско-польских отношений [Die Sowjetunion und Polen in den Jahren des „Tauwetters“: Aus der Geschichte der sowjetisch-polnischen Beziehungen], Москва 2005.

³ Zu den Parteitag in den baltischen Sowjetrepubliken siehe TÕNU TANNBERG: 1956. aasta Baltikumis Moskvast vaadatuna [Das Baltikum im Jahre 1956 aus Moskauer Perspektive], in: Tuna 2006, Nr. 3, S. 57-60.

schockierte viele, vor allem natürlich die ältere Generation der Kommunisten, für die Stalin noch den Grundpfeiler ihrer Weltanschauung bildete. Chrusčevs Bericht den 7 Millionen Kommunisten und 18 Millionen Komsomolzen sowie dem großen „Aktiv der Parteiloseren“ in allen Details zur Kenntnis zu bringen hätte mit Sicherheit unangenehme Reaktionen für den Kreml hervorgerufen. Nicht überall in der Sowjetunion wurden diese „Entlarvungen“ einhellig begrüßt.

Am meisten gespannt war die Situation in der Georgischen SSR, wo Stalins „Entlarvung“ als nationale Erniedrigung durch die Moskauer Zentrale empfunden wurde. Es kam zu zahlreichen Protestaktionen, die am 4. und 5. März in Tiflis, Gori, Suchumi und Batumi einsetzten und bis zum 10. und 11. März andauerten. Die größten Kundgebungen fanden in Tiflis statt, wo die „Verräter“ mit Chrusčev an der Spitze heftig kritisiert und Losungen wie z.B. „Es lebe die neue Regierung unter der Leitung des Genossen Molotov“ präsentiert wurden. Am 8. März versammelten sich vor dem Gebäude des ZK der KP Georgiens 8 000–10 000 Menschen, welche forderten Fahnen zu hissen, Stalin Portraits zu präsentieren und Artikel über ihn in der Presse zu veröffentlichen.

Der Führung Georgiens blieb nichts anderes übrig, als diesen Forderungen entgegenzukommen. Am nächsten Tag jedoch versammelten sich schon fast 80 000 Demonstranten auf dem zentralen Platz in Tiflis, die diesmal eine Revision der Beschlüsse des 20. Parteitags und den Rücktritt Chrusčevs verlangten. Berija wurde mit herzlichen Worten bedacht – und der Austritt Georgiens aus der Sowjetunion gefordert. Moskau entsandte schließlich Truppen gegen die Demonstranten und schlug die Kundgebungen blutig nieder.⁴ Diese Ereignisse gaben dem Kreml zu denken: Nach einer Debatte über die Situation in der Georgischen SSR und ihrer Parteiorganisation fasste das Präsidium des ZK der KPdSU im Juli 1956 einen Beschluss, in dem die Ereignisse „parteigemäß“ beurteilt wurden.⁵

⁴ Zu den Ereignissen in Georgien im März 1953 siehe B. A. Козлов: *Неизвестный СССР. Противостояние народа и власти 1953–1985 гг.* [Die unbekanntene Sowjetunion. Die Konfrontation von Volk und Regierung 1953–1985], Москва 2006, S. 234–264; Ю.В. Аксютин: *Хрущевская «оттепель»* (wie Anm. 1), S. 171. Nach einigen Angaben wurden 20 Menschen getötet und über 60 verletzt. In der Nacht vom 10. März wurden 381 Menschen, vor allem Studenten und Schüler, vom georgischen KGB verhaftet. In anderen Orten der Republik trugen die Kundgebungen aber eher einen zurückhaltenden Charakter.

⁵ Постановление ЦК КПСС „Об ошибках и недостатках в работе Центрального Комитета Коммунистической партии Грузии“ [Der Beschluss des Präsidiums des ZK der KPdSU „Über die Fehler und Mängel in der Arbeit des Zentralkomitees der Georgischen Kommunistischen Partei“], 10.7.1956, in: Доклад Н.С. Хрущева о культе личности Сталина на XX съезде КПСС: Документы [Der Vortrag von N.S. Chrusčev über den Personenkult Stalins auf dem 20. Kongress der KPdSU. Dokumente]. Москва 2002, S. 369–376. Die „Mängel“ in der Arbeit der KP Georgiens wurden im Präsidium des ZK der KPdSU auch schon früher, am 21. Juni und am 5./6. Juli 1956, besprochen (ebenda, S. 376). Die Formulierung des ge-

In Estland, Lettland und Litauen wurde die Geheimrede Chruščëvs viel gelassener aufgenommen. Hier konnte die „Entlarvung“ Stalins ja auch nicht als nationale Erniedrigung eingestuft werden. Allerdings hatten alle Sowjetrepubliken inklusive der baltischen Diskussionsveranstaltungen über die vom Parteitag vorgegebenen Richtlinien zu organisieren.

In der Estnischen SSR fanden diese Veranstaltungen in vier Städten und 21 Landkreisen statt, wobei auf 14 Besprechungen Delegierte des 20. Parteitags auftraten. Aus den Informationen, die Ivan Käbin, der Erste Sekretär des ZK der KPE, an das ZK der KPdSU weiterleitete, geht hervor, dass die Beschlüsse des 20. Parteitags über die Liquidierung des Personenkults mit „großer Zustimmung“ angenommen worden waren. In diesem für Moskau abgefassten Bericht ging es aber auch um die recht grundsätzlichen Fragen, die auf den Diskussionsveranstaltungen zur Sprache gekommen waren. So interessierte man sich in Estland z.B. für die Situation in den Ostblockstaaten, man fragte nach Jugoslawien oder nach den Repressionen in den osteuropäischen Staaten; gleichzeitig wollte man aber auch erörtern, ob es nicht an der Zeit wäre, Stalin aus dem Lenin-Mausoleum zu entfernen. Der Darstellung Käbins zufolge waren alle Fragen im Sinne der Geheimrede Chruščëvs beantwortet worden.⁶

Auch der litauische Parteichef Antanas Sniečkus schickte Anfang Juni 1956 einen längeren Bericht nach Moskau, in dem er die Lage in der Litauischen SSR nach dem 20. Parteikongress beschrieb.⁷ Wie sein estnischer Kollege hob auch er hervor, dass Chruščëvs Rede in seiner Republik auf allgemeine Zustimmung getroffen sei. Gleichzeitig brachte Sniečkus' Bericht einige wichtige Fragen zur Sprache, die Käbin nicht berührt hatte. So war in Litauen offensichtliche die Sprachenfrage von großer Bedeutung. In vielen Instanzen sei immer noch das Russische Amtssprache, während das Litauische in den Hintergrund gedrängt werde. Dabei betonte der litauische Parteichef, dass zur Lösung dieses Problems die „autoritative Hilfe“ des ZK der KPdSU „dringend notwendig“ sei. In deutlichen Worten kritisierte er die überhebliche Einstellung der aus dem Inneren der Sowjetunion Zugereisten zur litauischen Sprache, die ihrer Meinung nach zu nichts nütze sei. Darüber hinaus berichtete auch Sniečkus von der Belebung der Aktivitäten „bürgerlicher

nannten Beschlusses war ziemlich schablonenhaft, doch wurde bemerkenswerterweise betont, dass den Kaderfragen in Zukunft mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden solle. Hierbei ging es um die Heranziehung lokaler Kader, darunter Osseten, Abchassen u.a., und ihre Beförderung auf Führungspositionen in den Bezirken, in denen sie eine Mehrheit bildeten. Als Hauptverantwortlicher für die Ereignisse im März 1956 präsentierte dieser Beschluss aber den „gemeinen Feind“ Lavrentij Berija.

⁶ Käbins Information an das ZK der KPdSU, 19.3.1956, in: Доклад Н. С. Хрущева (wie Anm. 5), S. 408f.

⁷ Sniečkus an das ZK der KPdSU, 6.6.1956, in: ebenda, S. 484-488.

Nationalisten“, vom Einfluss ausländischer Radiostationen sowie von der Notwendigkeit einer effektiveren Propaganda um den „Kult“ des unabhängigen litauischen Staats in der Gesellschaft auszurotten. Im Großen und Ganzen waren seine Angaben jedoch deutlich gehaltvoller als der recht allgemein gehaltene Text Kåbins.

Neben den Tifliser Ereignissen vom März 1956 stellten allgemein zu verzeichnende Liberalisierungstendenzen in der Gesellschaft in den Augen des Komitees für Staatssicherheit (KGB) eindeutige Warnsignale dar, durch die sich dessen Leiter Ivan Serov zu prophylaktischen Maßnahmen veranlasst sah. Im April 1956 schickte er dem ZK der KPdSU ein Memorandum, in dem er einen Überblick über die Resultate der Nachforschungen präsentierte, die in seinen Regionalabteilungen auf Gebiets-, Bezirks- sowie Republiksebene durchgeführt worden waren. Hiernach gingen die Sicherheitsorgane vor Ort mit mangelnder Entschlossenheit gegen „feindliche Elemente“ vor, die die Beschlüsse des 20. Parteitag zu diskreditieren und Jugendliche in die antisowjetische Tätigkeit hineinziehen bestrebt waren. Gleichzeitig beschied der KGB-Chef, dass viele seiner Mitarbeiter es in ihrer Arbeit an „politischer Schårfe“ vermissen ließen, sich in erster Linie mit der Anwendung vorbeugender Methoden begnügten und zu selten jemanden strafrechtlich zur Verantwortung zögen.⁸

Zweifellos zeigten die Serov zur Verfügung stehenden Informationen einen Wandel in der innenpolitischen Lage in der Sowjetunion an. Zu ihren charakteristischen Elementen gehörte tatsächlich wohl auch eine gewisse Kopfllosigkeit bei den Sicherheitsorganen, deren Mitarbeiter sich zum Teil scheuten, repressive Methoden anzuwenden, weil das unter Umständen für sie selbst traurige Folgen haben konnte. Serovs Memorandum wurde nicht nur von der gesamten Führungsspitze des Kreml, sondern auch von den Parteichefs auf der Gebiets-, Bezirks- und Republiksebene diskutiert; konkrete Maßnahmen hatte es zunächst aber nicht zur Folge.

Auch Chruščev hatte nicht ahnen können, dass seine Kritik am Personenkult eine so breite Resonanz in der Gesellschaft finden würde. Völerorts wurde sie als eine Richtschnur für eine tatsächliche Entlarvung des Stalin-Regimes verstanden. So kam es nach dem 20. Parteitag wiederholt dazu, dass Stalinportraits in aller Öffentlichkeit heruntergerissen und Denkmåler des einstigen „Führers der Völkler“ zerstört wurden. Ein baltisches Beispiel für dieses „öffentliche Rowdytum“ war das Verhalten des Parteisekretårs im Tallinner Fernmeldeamt. Nachdem er den Text von Chruščevs Geheimrede gelesen hatte, ging er nach Hause und ver-

⁸ НИКИТА ПЕТРОВ: Первый председатель КГБ Иван Серов [Der erste Vorsitzende des KGB Ivan Serov], Москва 2005, S. 168f.

brannte kurzerhand den „Kurzen Lehrgang“ der Geschichte der Partei sowie Stalins Buch „Über den Großen Vaterländischen Krieg“.⁹

Diese Tendenz wie auch der unerwartete Ausbruch von oppositionellem Denken war für die Kreml-Führung unannehmbar. Bereits von April 1956 an wurde damit begonnen, diese Entwicklung nach Möglichkeit einzudämmen. Chruščev hatte den Personenkult nicht auf die Tagesordnung gesetzt, um den Stalinismus gerecht und neutral zu beurteilen, seine Ziele waren letztlich viel eigennütziger. Denn die „Entlarvungen“ waren unter anderem auch eine wirkungsvolle Waffe in den Machtkämpfen des Kreml, die schließlich wesentlich dazu beitrugen, die „alte Garde“ zu vernichten und Chruščevs Alleinherrschaft abzusichern.

Zur „richtigen“ Bewertung des Personenkults verabschiedete das ZK der KPdSU am 30. Juni 1956 den Beschluss „Über den Personenkult und die Überwindung seiner Folgen“, der sofort in der Presse veröffentlicht wurde.¹⁰ Ohne hier ausführlicher auf dieses Dokument einzugehen, sei darauf hingewiesen, dass es inhaltlich viel zurückhaltender als Chruščevs Geheimrede war. Sein Text sollte als Richtlinie für alle dienen, die sich über das Thema des Personenkults äußern wollten; abweichende Interpretationen waren fortan unzulässig.

*Moskaus Richtlinien für Estland: mehr
Aufmerksamkeit für die estnische Sprache und
für die Beförderung der einheimischen Kader*

Nach dem 20. Parteitag befasste man sich im Apparat des ZK der KPdSU auch mit der ideologischen Arbeit in der Estnischen SSR. Eine Gruppe von Inspektoren, die sich vor Ort umgesehen hatte,¹¹ fasste ihre Arbeitsergebnisse im Juni 1956 unter dem Titel „Über einige Mängel der ideologischen Arbeit in der Parteiorganisation Estlands“ zusammen.¹² Der

⁹ Записка отдела партийных органов ЦК КПСС по союзным республикам „О ходе ознакомления коммунистов, комсомольцев и беспартийного актива с докладом Н. С. Хрущева“ [Notiz der Abteilung der Parteiorganisationen der Sowjetrepubliken des ZK der KPdSU „Über das Verfahren der Bekanntmachung der Kommunisten, Komsomolzen und des Parteilosensaktivs mit dem Vortrag von N. S. Chruščev], 13.4.1956, in: Доклад Н. С. Хрущева (wie Anm. 5), S. 502.

¹⁰ Siehe z.B.: Isikukultuse küsimusest [Über die Frage des Personenkults], Tallinn 1953, S. 3-23. Bemerkenswerterweise wurde diese Broschüre schon am 21. Juni in Druck gegeben, d.h. neun Tage bevor der entsprechende ZK-Beschluss überhaupt gefasst wurde.

¹¹ Flüchtig wird ihre Tätigkeit von Olaf Kuuli berührt. OLAF KUULI: Sulad ja hal-lad Eesti NSV-s. Kultuuripoliitika aastail 1953–1969 [Taufwetter und Raureif in der Estnischen SSR. Über die Kulturpolitik in den Jahren 1953–1969], Tallinn 2002, S. 70f.

¹² Т. Калиников (u.a.): О некоторых недостатках идеологической работы в эстонской партийной организации [Über einige Mängel der ideologischen Arbeit in der estnischen Parteiorganisation], 16.7.1956, in: Российский государственный

Leiter der Abteilung für die Parteiorganisationen der Sowjetrepubliken beim ZK der KPdSU, Evgenij Gromov, verschickte diesen Bericht an die Mitglieder des ZK-Präsidiums und wies in einem Begleitschreiben darauf hin, dass in der Estnischen SSR auf dem Gebiet der ideologischen Arbeit noch ernsthafte Mängel zu verzeichnen seien und die Lage sich auch nach dem Parteitag nicht verbessert habe. Er schlug vor, diese Fragen auf einem Sonderplenium des ZK der KPE zu besprechen.¹³

Im Vorwort des Memorandums wird zwar auf die Fortschritte der Estnischen SSR auf den Gebieten der Industrie und der Landwirtschaft hingewiesen, doch wird gleichzeitig kritisiert, dass die Beschlüsse des 20. Parteitags nur in unzureichendem Maße Umsetzung fänden und große Mängel bei der „gründlichen Reorganisation der ideologischen Arbeit“ zu verzeichnen seien. Anschließend folgen die in vergleichbaren Texten weithin üblichen Kritikpunkte – die Propaganda habe eine zu geringe Verankerung im realen Leben, die Führung kommuniziere viel zu selten mit dem Volk, die Parteiorganisation lasse es an Wachsamkeit bei der ideologischen Arbeit mangeln und dergleichen mehr.

Parallel zu den allgemeinen Formulierungen dieses Textes werden aber auch inhaltliche Vorwürfe an die estnische Führung erhoben. Nach Auffassung der Inspektoren kümmere sich die Tallinner Zentrale zu wenig um die Landbevölkerung, die daher zum großen Teil dem Einfluss der Parteiorganisation entzogen sei. Deshalb seien auf dem Lande Gerüchte verbreitet, denen zufolge die Kolchosen nur provisorisch seien und der einzelne Bauer gut daran täte, für den eigenen Haushalt zu sorgen und die Kollektivwirtschaft zu vernachlässigen. Auch die niedrige Arbeitsproduktivität der Kolchosen sowie das Unvermögen die landwirtschaftliche Produktion auszuweiten werden in diesem Text kritisch angemerkt.

Bemerkenswerterweise fanden es die Inspektoren ebenfalls kritikwürdig, dass in der Estnischen SSR den „nationalen Eigenarten der Sowjetrepublik“ zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde. In erster Linie war dies als Hinweis darauf zu verstehen, dass in Unternehmen und Behörden grundlos häufig Russisch Verkehrssprache sei. Ausdrücklich wurden in diesem Zusammenhang die Probleme in Narva erwähnt. Die Autoren des Memorandums hielten es offenbar nicht für „richtig“, dass in Narva bereits seit drei Jahren keine lokalen, d.h. aus Tallinn übertragenen Radiosendungen mehr zu empfangen waren, sondern nur solche aus Leningrad und Moskau. Zugleich wurde dem Narvaer Parteikomitee

архив новейшей истории (Russländisches Staatsarchiv der Neusten Geschichte, im Folgenden: РГАНИ), Bestand 5, Findbuch 31, Akte 59, Bl. 182-190.

¹³ Schreiben Gromovs an das ZK der KPdSU, 16.7.1956, in: РГАНИ, 5-31-59, Bl. 181. Ziel der Inspektion war, dem ZK der KPE in „Fragen der ideologischen Arbeit“ sowie bei der „Umsetzung der Beschlüsse des 20. Parteitags praktische Hilfe“ zu leisten.

zur Last gelegt, keine politische Aufklärungsarbeit in estnischer Sprache für die dort ansässigen Esten entwickelt zu haben.

Die Hauptvorwürfe dieses Memorandums richteten sich gegen die schwache Position des Estnischen sowie die zu selten erfolgenden Beförderungen einheimischer Kader auf führende Positionen. Dass das Estnische kaum genutzt wird, rufe unter der einheimischen Bevölkerung eine „berechtigte Unzufriedenheit“ hervor, heißt es hier, welche das Aufleben „bürgerlich-nationalistischer Stimmungen“ begünstige und die Bindung des Volkes an die Partei schwäche. Als Beweis hierfür galt den ZK- Inspektoren die Tatsache, dass nur wenige estnische Arbeiter in die Reihen der Partei bzw. des Komsomol eintraten.

In Moskau erkannte man einen direkten Zusammenhang zwischen den Schwächen in der ideologischen Arbeit und den Unzulänglichkeiten bei der Wahl und der Verwendung der Kader in der Estnischen SSR. Obwohl zahlreiche Esten in den letzten Jahren nicht nur höhere Parteischulen absolviert, sondern auch Erfahrungen in der praktischen Arbeit gesammelt hätten, werden sie vom Tallinner ZK nicht auf führende Posten im Propagandaapparat eingesetzt, obwohl nicht nur im ZK-Apparat, sondern auch in den regionalen Komitees, im Kulturministerium der Republik und in vielen anderen Behörden zahlreiche Personen arbeiten, die weder ihren Aufgaben gewachsen noch ideologische Fragen vernünftig zu lösen imstande waren. Das Memorandum machte keinen Hehl daraus, dass es nicht „weiter zu dulden“ sei, wenn zahlreiche führende Kräfte in der Partei, in den Sowjets und in der Wirtschaft Estnisch nicht beherrschten.

Darüber hinaus beschäftigten sich die Inspektoren in ihrem Bericht mit der schwachen Jugendarbeit des Tallinner ZK sowie den Mängeln der Komsomolführung. Letztere finde ihren Ausdruck in der geringen Arbeitsquote der Jugend, der wachsenden Kriminalität, den zunehmenden Fluchtversuchen¹⁴ sowie der antisowjetischen Tätigkeit von Schülern – in Viljandi und Nõo waren nämlich „Geheimorganisationen“ von Jugendlichen entdeckt worden. Das ZK der KPE habe es offensichtlich versäumt, entscheidende Maßnahmen zur Verstärkung der politischen Erziehungsarbeit in den Schulen zu treffen.

Die Inspektoren aus Moskau kritisierten auch die Arbeit der Tallinner Genossen mit den Intellektuellen als „systemlos und uneffektiv“, da man eine ganz bestimmte Eigenart der Estnischen SSR unberücksichtigt lasse: viele Lehrer, Schriftsteller, Künstler, Schauspieler und andere Ver-

¹⁴ Hier wird erwähnt, dass Enno Hubel, ein Student des Tallinner Polytechnischen Instituts, 1955 nach Schweden geflohen und Heino Halling, ein Matrose der Handelsmarine, in Norwegen geblieben seien. Zu diesen beiden Flüchtlingen siehe auch: JAAK PIHLAU: Maapõgenemised okupeeritud Eestist [Die Flucht über Land aus dem besetzten Estland], in: Tuna 2001, Nr. 3, S. 58; JAAK PIHLAU: Eestlaste põgenemised Läände: ärahüppajad I. [Die Flucht der Esten nach Westen: Überläufer I.], in: Tuna 2003, Nr. 1, S. 88.

treter der Intelligenz hätten ihre Ausbildung noch „unter dem bürgerlichen Regime“ erhalten. In diesem Zusammenhang wurde auf die sporadischen Treffen der Parteispitze mit Vertretern der Intelligenz sowie die in der Gesellschaft verbreitete „nihilistische“ Einstellung zum kulturellen Leben in der Vorkriegsrepublik verwiesen. Allerdings ging der Bericht nicht so weit zu behaupten, dass das historische Kulturerbe in der Estnischen SSR völlig abgelehnt werde. Immerhin seien in den letzten fünf Jahren ca. 70 Werke der klassischen estnischen Literatur in einer Gesamtauflage von 1,2 Millionen Exemplaren von den Verlagen der Republik veröffentlicht worden.

Gleichzeitig wurde das ZK der KPE dafür kritisiert, zu wenig Einsatz bei der Entlarvung des „bürgerlichen Nationalismus“ bzw. der bürgerlichen Ideologie an den Tag gelegt zu haben. Dies zeige sich vor allem darin, dass „das volksfeindliche Wesen der estnischen Bourgeoisie“ in den Jahren 1918-1940 in nicht ausreichendem Maße von der Presse entlarvt und „die historische Bedeutung“ der „Wiederherstellung der Sowjetmacht 1940“ für das „Schicksal des estnischen Volkes“ zu selten erklärt werde.

Bemerkenswert waren auch die Schlussfolgerungen der Moskauer Inspektoren. Man empfahl dem estnischen ZK, ideologische Fragen auf einem Sonderplenium zu erörtern, für dessen Vorbereitung die Hilfe des ZK der KPdSU natürlich als unverzichtbar angesehen wurde. Darüber hinaus sollten die Kader im Ideologiebereich sorgfältig überprüft werden, wobei die eigenen Reihen nur mit solchen Personen zu ergänzen waren, die Estnisch beherrschten und sich in Kultur und Alltag der Esten gut auskannten. Schließlich wurde angeregt, Estnischkurse für all diejenigen Parteivertreter, Sowjetmitarbeiter und Wirtschaftsfachleute zu organisieren, die beruflich in die Estnische SSR kommandiert wurden; auch dieser Bereich unterlag im notwendigen Rahmen der Kontrolle.

Der hier referierte Bericht der Inspektoren des Moskauer ZK ist zweifellos ein recht bemerkenswertes Dokument, denn er zeigt, dass die Grundlagen der „neuen Nationalitätenpolitik“, welche nach Stalins Tod 1953 auf die Tagesordnung gesetzt worden war, um die Beförderung einheimischer Kader auf Führungspositionen voranzubringen,¹⁵ auch drei

¹⁵ Zum „neuen Kurs“ Lavrentij Berijas im Baltikum siehe TÕNU TANNBERG: Die Pläne Moskaus für Estland im Sommer 1953, in: Vom Hitler-Stalin-Pakt bis zu Stalins Tod. Estland 1939-1953, hrsg. von OLAF MERTELSMANN, Hamburg 2005, S. 282-295; DERS: Die unbekannteste Amnestie. Berijas Rehabilitierungspläne 1953 am Beispiel der Estnischen SSR, in: Estland und Russland. Aspekte der Beziehungen beider Länder, hrsg. von OLAF MERTELSMANN, Hamburg 2005, S. 249-273; ТЫНУ ТАННБЕРГ: Новый курс Л. Берия по подавлению движения сопротивления в Прибалтике и Западной Украине весной 1953 года [L. Berijas neuer Kurs bei der Unterdrückung der Widerstandsbewegungen im Baltikum und in der Westukraine im Frühjahr 1953], in: Tuna. Спецвыпуск по истории Эстонии с 17 по 20 век [Eine Sonderausgabe zur estnischen Geschichte vom 17. bis 20. Jh.], Tartu/Tallinn 2006, S. 192-210. Siehe auch: Рудольф Пихоя: Москва. Кремль. Власть:

Jahre später noch aktuell waren. Zwar hütete man sich nun, Lavrentij Berija als den Initiator dieser Politik zu benennen, doch bleibt es durchaus von Bedeutung, dass es im Falle Estlands die Moskauer Zentrale war, die eine stärkere Berücksichtigung lokaler Kader forderte und mehr Aufmerksamkeit für die estnische Sprache in der Verwaltung der Sowjetrepublik einklagte.

Die Führung der Estnischen SSR unter Ivan Käbin legte hingegen in diesen von Moskau aufgeworfenen Fragen deutliche Zurückhaltung an den Tag. Käbins Einstellung demonstriert ein Dokument, das unter dem Titel „Notizen zu den Fragen der Nationalitätenpolitik“ im April 1956 nach Moskau geschickt wurde.¹⁶ Hierin vermeldete er, dass „die Umsetzung der Leninschen Nationalitätenpolitik in die Praxis die Völkerfreundschaft befestigt“ habe, „kleine ungelöste praktische Fragen und unnormale Erscheinungen“ jedoch weiterhin die Aktivitäten „bürgerlich-nationalistischer Elemente“ unterstützten.¹⁷

Aber auch Käbin hatte etwas zu kritisieren. Er wies auf die Regelung hin, derzufolge Spezialisten, die in der Estnischen SSR eine Hochschule absolviert hatten, häufig zur Arbeit in andere Regionen der Sowjetunion kommandiert wurden. Demgegenüber wäre es seiner Ansicht nach sinnvoll, des Estnischen kundige Fachleute auch in der Estnischen SSR zu beschäftigen, da sie in einer fremden sprachlichen Umgebung Schwierigkeiten haben könnten. Überdies verwies der estnische Parteichef auf den Umstand, dass Wirtschaftsfachleute auf der mittleren Entscheidungsebene (Ingenieure, Zechenleiter, Meister) in zahlreichen Industriebetrieben zumeist Ausländer seien, was die Kommunikation der Führung mit den Arbeitern oft erschwere. Gleichzeitig zeigte er sich besorgt, weil die Errungenschaften der estnischen Nationalkultur unter den sowjetischen „Brudervölkern“ bislang kaum popularisiert worden seien. In erster Linie zeigte sich dies Käbin zufolge daran, dass Werke von sowjet-estnischen Autoren kaum in die Sprachen anderer Sowjetvölker übersetzt worden waren, doch betreffe es auch die Musik, die Kunst, das Theater und andere Kulturbereiche.¹⁸

Ein ernsthaftes Problem stellte für Käbin das Verhalten der in der Estnischen SSR stationierten Soldaten der Roten Armee der einheimi-

Сорок лет после войны. 1945–1985 [Moskau. Der Kreml. Die Macht: Vierzig Jahre nach dem Krieg. 1945–1985], Москва 2007, S. 241–246.

¹⁶ Käbins Information an das ZK der KPdSU, 26.4.1956, in: Eesti Riigiarhiiv: endine Parteiarhiiv [Estnisches Staatsarchiv: Abteilung des ehemaligen Parteiarchivs, im Folgenden: ERAF], Bestand 1, Findbuch 163, Akte 2, Bl. 2–6. In seinem Begleitbrief erwähnte Käbin, dass er seine „Notizen über die Fragen der Nationalitätenpolitik und die Maßnahmen zur Befestigung der Freundschaft unter den Völkern der Sowjetunion“ auf Anfrage von F. Konstantinov, wohl einem Moskauer ZK-Funktionär, verfasst habe (ebenda, Bl. 1).

¹⁷ Käbins Information (wie Anm. 16), Bl. 2.

¹⁸ Käbin zufolge stelle die Lettische SSR in diesem Zusammenhang eine Ausnahme dar: dort führe man sogar estnische Opern auf.

schen Bevölkerung gegenüber dar. Er beklagte, dass einige Soldaten mit ihrem rowdyhaften Benehmen „die nationalen Gefühle der Einheimischen“ verletzen. Die Soldaten legten ihm zufolge eine gewisse Überheblichkeit gegenüber der nationalen Kultur und Sprache der Esten an den Tag, organisierten im angetrunkenen Zustand Schlägereien in aller Öffentlichkeit, verhielten sich Mädchen und Frauen gegenüber taktlos, randalierten auf Märkten und in Geschäften usw. Demgegenüber werde die nationale Würde der Esten sofort mit „bürgerlichem Nationalismus“ gleichgesetzt. Käbin führte diese unnormale Situation zum großen Teil auf die schwache Erziehungsarbeit der Politorgane in den Truppenteilen zurück, denn den Soldaten werde nicht erklärt, „wie Militärpersonen sich unter den Einheimischen zu benehmen haben“. Der estnische Parteichef empfahl, die Leiter der Truppenteile zu verpflichten, die politische Erziehungsarbeit zu verbessern, und versprach seinerseits, auf lokaler Ebene mehr Aufklärung zu leisten, um „Vertrauen und Achtung“ der örtlichen Einwohner für die Soldaten der Roten Armee und Flotte zu steigern.

Abschließend brachte Käbin seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass die Durchsetzung verschiedener Standards mit dem Verschwinden von Konsumgütern mit estnischen Bezeichnungen vom Markt einhergehe, selbst wenn sie in Estland hergestellt werden. So könne man in der Estnischen SSR weder Bier noch Zigaretten mit estnischen Namen kaufen – dafür gäbe es nun Papirossy der Marken „Kazbek“ und „Belomorkanal“. Auch der estnische Parteichef wusste offenbar, dass das estnische Bier der Marke „Moskau“ völlig anders schmeckte als das aus Moskau. All dies, so schloss er, führe nur zu Missverständnissen in der Bevölkerung, weshalb es sinnvoll sei, den Sowjetrepubliken die Produktion von Waren mit eigenen Namen zu gestatten.

Das von den Moskauer Inspektoren empfohlene Sonderplenum des ZK der KPE fand im Oktober 1956 statt.¹⁹ Auf der Grundlage eines Referats des 2. Sekretärs Leonid Lentsmann wurde hier die ideologische Arbeit besprochen. Käbin und seinen engsten Mitstreitern gelang es, die zurückhaltende Linie fortzusetzen und den Kritikern „zu trotzen“.²⁰ Der von Käbin für Moskau verfasste Bericht über den Verlauf des Plenums war allerdings in ziemlich allgemeinen Tönen gehalten.²¹

¹⁹ Die Materialien dieses Plenums sind einsehbar in: ERAF, 1-4-1939. Ein Überblick über seine wichtigsten Aspekte bietet KUULI, Sulad ja hallad Eesti NSV-s (wie Anm. 11), S. 70-73.

²⁰ Ebenda, S. 73.

²¹ Käbins Information an das ZK der KPdSU, 30.10.1956, in: ERAF, 1-211-5, Bl. 121-127.

Die Frage der lokalen Kader in Litauen und Lettland

Das Problem der Beförderung einheimischer Kader auf führende Positionen und die Sprachenfrage waren 1956 auch in der Lettischen und Litauischen SSR aktuell. Die Kaderfrage in Litauen stand sogar mehrmals auf der Tagesordnung des ZK der KPdSU, dem im September ein Memorandum unter dem Titel „Über Mängel der Kadererziehung in der litauischen Parteiorganisation“ vorlag.²² Im Begleitschreiben zu diesem Dokument, das der bereits erwähnte Abteilungsleiter Gromov an die ZK-Mitglieder richtete, hieß es, dass dieses Thema schon mehrfach im ZK-Apparat erörtert und die litauische Parteiführung auf die Probleme hingewiesen worden sei. Trotzdem habe sich die Lage nicht verbessert, so dass es sinnvoll sein könnte, die Mitglieder des ZK-Büros der litauischen KP oder wenigstens zwei seiner Mitglieder vor das ZK nach Moskau einzubestellen. Gromov zufolge habe dies unbedingt vor dem Plenum des ZK der Litauischen KP zu geschehen, das für November 1956 geplant war.²³

Im Memorandum wird darauf hingewiesen, dass die Führung der Litauischen KP sich zu wenig mit den Fragen der Kadererziehung beschäftige, wobei die Situation in der Landwirtschaft besonders kritisch sei. Außerdem vertrete sie eine zu „liberale“ Einstellung den Beamten gegenüber, die ihren Aufgaben nicht gewachsen seien, und bekämpfe weder den Einfluss der Kirche noch die „feindliche Propaganda“ oder den „bürgerlichen Nationalismus“. Des Weiteren wird betont, dass es vor allem unter den Intellektuellen noch zahlreiche „Irrige“ gebe.²⁴ Höchstwahrscheinlich wurde die litauische Parteiführung tatsächlich nach Moskau zu einem Gespräch vorgeladen, doch war das Problem damit auf der Ebene des Moskauer ZK-Apparats noch nicht von der Tagesordnung.²⁵

Ende 1956 verfasste Antanas Sniečkus einen weiteren Lagebericht aus Litauen für die Moskauer Zentrale, in dem er abermals ziemlich ausführlich auf das Problem der lokalen Kader und die Sprachenfrage einging und vermeldete, dass in der näheren Zukunft eine „umfassende Beförderung der lokalen nationalen Kader“ nicht nur in den Landkreisen, sondern auch in Republiksorganen – Ministerrat und ZK-Apparat – erfolgen werde. Darüber hinaus machte der litauische Parteiführer keinen Hehl daraus, dass eines der Hindernisse bei der Beförderung

²² А. ЩЕГОЛЕВ, М. КАРПОВ: О недостатках воспитания кадров в Литовской партийной организации [Über die Mängel bei der Erziehung der Kader in der litauischen Parteiorganisation], 14.9.1956, in: РГАНИ, 5-31-59, Bl. 98-107.

²³ Gromov an das ZK der KPdSU, 14.9.1956, in: РГАНИ, 5-31-59, Bl. 97.

²⁴ ЩЕГОЛЕВ/КАРПОВ, О недостатках (wie Anm. 22).

²⁵ Gromov an Michail Suslov, Sekretär des ZK der KPdSU, 7.12.1965, in: РГАНИ, 5-31-59, Bl. 108.

der lokalen Kader das Desinteresse der Zugereisten daran sei, weshalb er das Präsidium des ZK der KPdSR in dieser Frage um Beistand bat.²⁶ Dies war ein recht deutlicher Hinweis auf das Jahr 1953, als das ZK-Präsidium entsprechende Beschlüsse zur Nationalitätenpolitik gefasst hatte, deren Umsetzung in Litauen auf keinen besonderen Widerstand gestoßen waren.

In der Lettischen SSR wiederum ging man deutlich darüber hinaus, wobei zum Teil die Lage in Estland als Vergleich diene. Auf dem Plenum des ZK der KPE im Oktober 1956 war nämlich auch der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der Lettischen SSR, Vilis Krūmiņš, zugegen gewesen. Am 12. November konnte er daher auf einer Sitzung des ZK-Büros der Lettischen KP über die Entwicklungen in Estland berichten. Nach Angaben des lettischen Parteichefs Jānis Kalnberziņš habe Krūmiņš die Beförderung der lokalen Kader in Lettland und Estland miteinander verglichen und sei dabei zu dem Schluss gekommen, dass es in Lettland erheblich mehr Mängel gebe. Hierauf folgten dann auch Taten.²⁷ Am 19. November verabschiedete das ZK der Lettischen KP den Beschluss „Über einige Mängel bei der Durchsetzung der Leninischen Nationalitätenpolitik in der Republik“, dem am 6. Dezember ein Beschluss „Über das Erlernen des Lettischen und Russischen der Mitarbeiter in der Partei, den Sowjets und in der Wirtschaft“ folgte.²⁸

Ende November fasste das Büro des Rigaer Stadtkomitees einen Beschluss „Über das Erlernen des Lettischen und Russischen seitens der Werktätigen, die breite Bevölkerungsschichten betreuen“.²⁹ All diese Beschlüsse hatten eine prinzipielle Genehmigung von Chruščev. Im Dezember 1956 empfing dieser den lettischen Parteichef Kalnberziņš, den Regierungschef Vilis Lācis und den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets Kārlis Ozoliņš. Chruščev bekam einen Überblick über die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven der Sowjetrepublik, wobei man ihm gegenüber erklärte, dass die Einwanderung und die Entwicklung von Großbetrieben einzuschränken seien. Gleichzeitig wurde auch die Notwendigkeit der Beförderung der einheimischen Kader angesprochen.³⁰

²⁶ Sniečkus an das ZK der KPdSU, 6.12.1956, in: Военные Архивы России. Вып. 1 [Militärarchive Russlands. H. 1], Москва 1993, S. 261.

²⁷ Kalnberziņš an das ZK der KPdSU, 23.11.1956, in: ПГАНИ, 5-31-59, Bl. 59-60.

²⁸ Kalnberziņš versuchte in seinem Bericht, sich von diesen Beschlüssen zu distanzieren und den Eindruck zu erwecken, dass er sie nicht mitträgt. Aufgrund dieser Informationen von Kalnberziņš berichtete Gromov dem ZK, dass viele lettische Führungspersonen auf dem Plenum falsche Standpunkte geäußert und mehrere Personen mit leitenden Funktionen bereits den Wunsch geäußert hätten, aus der Lettischen SSR abkommandiert zu werden, da sie des Lettischen nicht mächtig waren (ПГАНИ, 5-31-59, Bl. 58).

²⁹ KUULI, Sulad ja hallad Eesti NSV-s (wie Anm. 11), S. 73.

³⁰ ДАЙНА БЛЕЙЕРЕ, ИЛГВАРС БУТУЛИС, АНТОНИЙС ЗУНДА (u.a.): История Латвии. XX век [Geschichte Lettlands. 20. Jahrhundert], Riga 2005, S. 370.

Der Kreml und die baltische Frage nach den Ereignissen in Polen und Ungarn

Die aus Moskauer Sicht beunruhigenden Ereignisse in Osteuropa, von allem in Polen und Ungarn, fanden eine unerwartet starke Resonanz in Litauen, Estland und Lettland. In diesem Kontext gewann die baltische Problematik wieder an Brisanz. Der Kreml begann nun, sich ernsthaft mit der Lage im Baltikum zu beschäftigen. In der ZK-Abteilung für die Sowjetrepubliken konstatierte man gegen Ende November 1956, dass die „Erscheinungen des Nationalismus“, die in der letzten Zeit in den baltischen Sowjetrepubliken aufgetreten seien, eine gewisse Gefahr darstellten, schon weil ihnen in den Republiken kein Widerstand entgegengesetzt werde. Zudem sei der Kontakt der lokalen Führungsorgane mit der Bevölkerung eher zurückhaltend. Nach Ansicht einiger leitender Personen war der Situation nur durch einen Kaderwechsel beizukommen, d.h. durch den Austausch der ins Baltikum abkommandierten Funktionäre durch Einheimische. Gromov schlug vor, mit jedem der drei Parteichefs (Käbin, Sniečkus und Kalnbērziņš) ein Gespräch im ZK zu führen.³¹

Zur gleichen Zeit – Ende November 1956 – hatte M. Gavrilov, ein Mitarbeiter von Gromov, ein Memorandum unter dem Titel „Über die nationalistischen und antisowjetischen Erscheinungen in den baltischen Sowjetrepubliken“ verfasst, das offensichtlich von den Ereignissen in Polen und Ungarn motiviert worden war.³² Auf der Grundlage dieses Dokuments sollten wohl die Besprechungen mit den baltischen Parteichefs geführt werden. Gavrilovs Text kann inhaltlich in zwei Teile gegliedert werden. Im ersten Teil wurden die „nationalistischen und antisowjetischen Erscheinungen“ aufgelistet, wobei häufiger von Litauen und Estland die Rede war, während Lettland kaum vorkommt. Der abschließende Teil versucht eine Antwort auf die Frage zu finden, warum sich all dies ereignet hat. Bei den Schilderungen konkreter Vorkommnisse dienten Gavrilov zumeist Stimmungsberichte aus den Republiken als Grundlage, in denen diese „ungesunden Erscheinungen“ zur Sprache gekommen waren.³³

³¹ Gromov an das ZK der KPdSU, 28.11.1956, in: РГАНИ, 5-31-59, Bl. 202.

³² М. ГАВРИЛОВ: О националистических и антисоветских проявлениях в прибалтийских республиках [Über nationalistische und antisowjetische Erscheinungen in den baltischen Sowjetrepubliken], 27.11.1956, in: РГАНИ, 5-31-59, Bl. 203-212.

³³ Über die Resonanz auf die Ereignisse in Ungarn siehe: MARLIS TIITSAAR: 1956. aasta Ungari sündmused ja Eesti. Bakalaureusetöö. Juhendaja Tõnu Tannberg [Die Ereignisse in Ungarn 1956 und Estland. Bakkalaureusarbeit unter der Leitung von Tõnu Tannberg], Universität Tartu 2005. Das Manuskript befindet sich in der Bibliothek der Historischen Abteilung der Universität Tartu.

Aus Gavrilovs Text geht hervor, dass vor allem litauische und estnische Studenten vom Nationalismus infiziert waren. Ihre „antisowjetische“ Tätigkeit bestand demzufolge vor allem in der Unterstützung der Ereignisse in Polen und Ungarn.³⁴ Besonders deutlich habe sich dies an der Universität Vilnius gezeigt, an der die Parole „Es lebe die ungarische Revolution“ verbreitet worden sei. Auch auf einem Studentenabend im Tallinner Polytechnischen Institut seien die ungarischen Freiheitsbestrebungen am 28. Oktober ausdrücklich unterstützt worden – mit Losungen wie „Gegrüßt sei Budapest“ oder „Es lebe Ungarn“. Ein Laborant habe die Ansicht geäußert, dass er sofort bereit wäre, den Domberg, den traditionellen estnischen Regierungssitz, zu verteidigen, falls in Estland etwas Ähnliches geschehen sollte.³⁵ Der Aufmerksamkeit der Behörden waren auch verschiedene Kundgebungen gegen den Russischunterricht und die Russen nicht entgangen. So habe am 28. Oktober an der Universität Vilnius eine Studentenversammlung die Einstellung des Russischunterrichts gefordert und die Losung verbreitet: „Litauen den Litauern“. In der Estnischen SSR wiederum habe man Pläne erörtert, eine Dachorganisation für alle Studenten in Estland zu gründen. Ein entsprechender Vorschlag sei am 26. Oktober von den Studenten des Tallinner Polytechnischen Instituts an die Studenten der Universität Tartu weitergeleitet worden: Mit dieser alle Studenten vereinigenden gesellschaftlichen Organisation solle ein Gegengewicht zum Komsomol gegründet werden. Sowohl an der Universität Tartu als auch an der Estnischen Landwirtschaftsakademie sei dieser Vorschlag begrüßt worden.³⁶

Im Folgenden schilderte Gavrilov weitere „antisowjetische Kundgebungen“, wobei vor allem das Polytechnische Institut eine zentrale Rolle gespielt habe. So hätten dessen Studenten, als sie vom Ernteeinsatz in den Kolchosen zurückkehrten, eine Vogelscheuche präsentiert, der sie ein Schild mit der Aufschrift „Ich habe mich aufgehängt, weil die Arbeit in der Kolchose sehr schwer ist“ umgehängt hatten. Im Militärlager wiederum habe ein Student des Polytechnikums auf solch ein Schild geschrieben: „Ich habe mich aufgehängt, weil das Soldatenleben schwierig ist“. Ein weiterer Student schließlich habe statt des üblichen Soldaten-

³⁴ Siehe ergänzend ЕЛЕНА Ю. ЗУБКОВА: Власть и развитие этноконфликтной ситуации в СССР. 1953–1985 годы [Das Zentrum und die Entwicklung der ethnischen Konfliktsituation in der UdSSR. 1953–1985], in: Отечественная история 2004, Nr. 4, S. 3–32, hier S. 24f.; АЛЕКСАНДР ПЫЖИКОВ: Хрущевская «оттепель» [Chruščëvs „Tauwetter“], Москва 2002, S. 191f.

³⁵ Zur Stimmung unter den Studenten des Tallinner Polytechnischen Instituts in dieser Zeit siehe: KALJO-OLEV VESKIMÄGI: „Ühe päevaga sai kõik selgeks!“. Tagasipilk 1956. aasta sügisesse [„An einem Tag wurde alles klar!“ Ein Rückblick auf den Herbst 1956], in: Rahva Hääl, 27.10.1992.

³⁶ Zur Stimmung unter den Studenten der Estnischen Landwirtschaftsakademie in dieser Zeit siehe: VELLO MALKEN: Ungari ülestõus Tartu tudengi silmade läbi [Der ungarische Aufstand gesehen mit den Augen eines Tartuer Studenten], in: Maaleht, 16.11.2000.

grußes seine Hand zum Hitlergruß erhoben. Unterstrichen wird in diesem Papier aber vor allem, dass sowohl die Universitätsleitung als auch das Parteikomitee die genannten Fälle eher als Scherz aufgefasst hätten und die „Schuldigen“ somit ihrer gerechten Strafe entgangen seien.³⁷

Neben der Regimefeindlichkeit der Studenten zählte das Memorandum noch einige andere Formen und „Erscheinungen“ des Widerstands auf. So seien am 27. Oktober in Tartu am Grabmal von Julius Kuperjanov³⁸ Flugblätter mit der Parole „Tod den Okkupanten“ und der Unterschrift „*Kuperjanovlased*“ (Die Kuperjanov-Leute) gefunden worden seien. Des Weiteren habe man in Tartu am 2. November Flugblätter verteilt; in Rapla wiederum habe man fünf Flugblätter entdeckt, die zum bewaffneten Kampf aufriefen. Ebenfalls als „antisowjetisch“ wurden mehrere Absolvententreffen verschiedener Schulen eingestuft, die Ende Oktober 1956 in Restaurants stattgefunden hatten. Explizit genannt wurden das ehemalige Gustav-Adolf-Gymnasium, das Tallinner Russische Gymnasium sowie das Englische College.

Gavrilov erwähnte auch den Brief eines Tallinner Lehrers an das ZK der KPdSU vom Oktober: Estland sei 1940 zwar von den Kapitalisten befreit worden, hieß es hier, doch habe es keine Unabhängigkeit erhalten, weshalb sich viele Esten Sorgen um ihre Zukunft machten. Der Autor hätte vorgeschlagen, die Situation dadurch zu lösen, dass man die Russen abkommandiere und nach Sibirien schicke. Gavrilov zufolge waren solche Ansichten unter den estnischen Intellektuellen gar nicht einmal so selten. Auf einer im August 1956 in Elva abgehaltenen Lehrerversammlung habe einer der Lehrer behauptet, dass sie gezwungen seien, „über das gute Leben in den Kolchosen zu lügen und die nicht existente Freiheit zu preisen“, woraufhin man ihn mit Applaus bedacht habe.

In Litauen wiederum, in Vilnius und Kaunas, sei Anfang November Allerheiligen mit mehr als 20 000 Teilnehmern gefeiert worden, wobei in diesem Kontext mehr „antisowjetische“ Aktionen zu verzeichnen gewesen wären als in den Jahren zuvor. Die Menschen seien unter der Parole „Gebt Litauen Freiheit“ marschiert, hätten auf dem Friedhof die Hymne des unabhängigen Litauens gesungen und am KGB-Gebäude „Nieder mit den Kommunisten“ skandiert. Auch hier hätten die Ereignisse in Polen und die dortigen Reformschritte große Resonanz gefunden. So hatte man auf dem 8. Plenum der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei beschlossen, unrentable Landwirtschaftskooperativen aufzulösen, weshalb auch viele Menschen in Litauen darauf gehofft hätten, dass die Kolchosen bald aufgelöst werden; vielerorts versuche man nun, sein Hab und Gut zu verkaufen und nach Polen zu fliehen.

³⁷ ГАВРИЛОВ: О националистических (wie Anm. 32), Bl. 203-206.

³⁸ Julius Kuperjanov war einer der Helden des Estnischen Unabhängigkeitskriegs (1918-1920). Sein Grab in Tartu war eine der wenigen Begräbnisstätten von Helden dieses Kriegs, die während der Sowjetzeit nicht zerstört wurden. Der Besuch dieser Grabstätte wurde zu einer Form des Protests gegen das Regime.

Gavrilov zufolge boten viele litauische Kommunisten mit ihrem Verhalten ein schlechtes Beispiel. Konkret benannte er den Sekretär des ZK der Litauischen KP Vladas Niunka, der den Beschluss der Universität Vilnius sanktioniert hatte, Aufnahmeprüfungen nur noch auf Litauisch abzuhalten, was die Weiterbildungsmöglichkeiten für Russen erheblich einschränke. Von den 9 320 Schülern, die 1956 in der Litauischen SSR Abitur gemacht haben, so weiß dieses Memorandum zu berichten, seien immerhin 2 520 Russen oder Polen gewesen.³⁹

Die Situation in Lettland wird in diesem Text nur sehr kursorisch angesprochen. Allerdings wird ein konkreter Vorwurf erhoben, der sich aus der bereits erwähnten Sitzung des ZK-Büros der Lettischen KP ergab: Bei der Diskussion um die Frage des Russischunterrichts hätten mehrere leitende Persönlichkeiten der Republik – Eduard Berklavs, Kārlis Ozoliņš u.a. – einen Standpunkt vertreten, der im Widerspruch zur Parteilinie stand.⁴⁰ Außerdem sei es in Lettland vorgekommen, dass Personen, denen eine Auslandsreise gewährt worden sei, nach ihrer Rückkehr die kapitalistische Gesellschaftsordnung gelobt hätten.

Abschließend fasste Gavrilov die Gründe zusammen, die seiner Meinung nach dazu beigetragen hätten, „nationalistische und antisowjetische Erscheinungen“ in den baltischen Sowjetrepubliken hervorzurufen. In erster Linie sei dies auf die unentschlossene Haltung der Verantwortlichen in der Partei und in den Sowjets beim Kampf gegen die genannten „Erscheinungen“ zurückzuführen sowie auf ihre Nachgiebigkeit und ihr Versäumnis, die richtigen politischen Urteile zu fällen. Hinzu komme die schwach ausgeprägte politische Aufklärungsarbeit im Volk sowie eine schablonenhafte Propaganda, welche die Eigenarten der baltischen Sowjetrepubliken nicht berücksichtige, d.h. den großen Einfluss der so genannten bürgerlichen Ideologie und den Druck, den ausländische Radiosender ausübten.

Allerdings werden auch die Führungen der jeweiligen Republiken dafür kritisiert, dass sie die nationalen Eigenarten ihrer Machtbereiche nicht in Betracht zögen. Dies betraf vor allem Litauen, wo insgesamt mehr als 300 000 Polen in zehn bis zwölf Landkreisen lebten, in denen kein einziger Parteikomiteevorsitzender polnischer Herkunft war – allerdings gebe es zwei Polen unter den Vorsitzenden der Exekutivkomitees. Nicht besser stünde es mit den Kolchosen dieser Regionen, da hier die Leiter meist entweder Russen oder Litauer seien und die politische Aufklärungsarbeit daher auf Litauisch oder Russisch absolviert werde.

Die Frage der lokalen Kader war aber nicht allein im Zusammenhang mit der polnischen Minderheit von Bedeutung. Die Kreml-Führung kam im November 1956 tatsächlich zu dem Schluss, dass die innenpolitische Situation in den baltischen Sowjetrepubliken auch gerade deshalb ange-

³⁹ ГАВРИЛОВ: О националистических (wie Anm. 32), Bl. 208.

⁴⁰ Ebenda.

spannt war, weil die Bedeutung der Vertreter der Titularnationen in ihrer Administration im Allgemeinen zu gering war. In Gavrilovs Memorandum wird dies mit Zahlen belegt. Danach betrug der Anteil der Litauer in der litauischen Parteioorganisation 46,6%, während der entsprechende Wert für Estland 44,6% und für Lettland sogar nur 32% ausmachte. Als ernsthaftes Manko wurde zudem die geringe Zahl der Parteizellen in Industrie- und Landwirtschaftsbetrieben benannt. Estland verfügte am 1. Oktober 1956 über 863 Kolchosen, aber in 470 von ihnen gab es keine Parteioorganisation. In den 1 818 litauischen bzw. 1 384 lettischen Kolchosen lauteten die entsprechenden Zahlen 810 bzw. 232. Schließlich blieb den Republiken der Vorwurf nicht erspart, sich zu wenig um den Komсомол zu kümmern: In Estland war die Mitgliederzahl der kommunistischen Jugendorganisation um 10% gefallen.

Schließlich sprach das Memorandum noch die Alltagsorgen der Bevölkerung an. Aus Gesprächen mit den Menschen könne man ihre Unzufriedenheit über die viel zu langsame Verbesserung der Lebensverhältnisse heraushören. Viele Arbeiter verdienten zu wenig, während die Kommunalabgaben zu hoch seien. Um diese Probleme aber kümmere man sich in den Republiken weder in den Betrieben noch auf anderen Ebenen.⁴¹

Am Jahresende: die Partei setzt auf begrenzte Repressionen

Tatsächlich blieb das Memorandum von KGB-Chef Ivan Serov aus dem Frühjahr 1956 nicht gänzlich folgenlos: Anfang November, als die Kreml-Führung auf die Krise in Ungarn reagieren musste, drängte die innenpolitische Lage in der Sowjetunion selbst auf die Tagesordnung. Schon am 3. November hatte Serov dem ZK-Präsidium ein neues Memorandum zugeleitet, in dem er von einer Belebung der „nationalistischen konterrevolutionären Elemente“ in den baltischen Sowjetrepubliken und in der West-Ukraine berichtete. Ausdrücklich betonte er, dass die entlassenen Sträflinge und Verbannten hierbei besonders aktiv hervorträten. Serov stufte die heraufziehende innenpolitische Situation als ziemlich explosiv ein und schlug vor, dem KGB mobile Streitkräfte zur Verfügung zu stellen, die im Bedarfsfall zur Wiederherstellung der Ordnung eingesetzt werden könnten, falls „einzelne antisowjetische Erscheinungen“ aufträten. Der Leiter des KGB hatte vor, diese Truppen von 1 800–2 000 Mann in den baltischen Republiken, im Transkaukasus, der Ukraine und in anderen potentiell gefährlichen Regionen zu stationieren.⁴²

Serovs Initiative blieb nicht folgenlos. Am 10. November fasste das Präsidium des ZK der KPdSU einen Beschluss, durch den Serov verpflich-

⁴¹ Ebenda, Bl. 210–211.

⁴² ПЕТРОВ, Первый председатель (wie Anm. 8), S. 169.

tet wurde, ein Sonderregiment aufzustellen, das im Baltikum stationiert werden sollte, und gleichzeitig einen Maßnahmenkatalog gegen jedwede Äußerung von „antisowjetischen und feindlichen Elementen“ auszuarbeiten. Dieser Katalog sollte Eingang finden in einen geheimen Rundbrief des ZK an alle Parteiorganisationen. Ein Entwurf dieses Briefes wurde zwar bereits am 21. November vorgelegt, doch konnte er erst nach manchen Verbesserungen und Ergänzungen am 19. Dezember unter dem Titel „Über die Verstärkung der politischen Arbeit der Parteiorganisationen in den Massen und über die Verhinderung von Kundgebungen antisowjetischer feindlicher Elemente“⁴³ verabschiedet werden. Im zweiten Punkt des Präsidiumsbeschlusses wurde festgelegt, dass der Brief in allen Unterorganisationen der Partei überall in der Sowjetunion zu diskutieren sei.⁴⁴

In der Einleitung wandte sich das ZK der KPdSU an alle Kommunisten, um sie darauf aufmerksam zu machen, die politische Aufklärungsarbeit in den Massen zu verstärken. Hierdurch sollten die in letzter Zeit im Zusammenhang mit der „ein wenig“ angespannten internationalen Lage aktiver gewordenen „antisowjetischen Elemente“ eingedämmt werden.⁴⁵ Unter der Chiffre der angespannten internationalen Lage waren natürlich vor allem die Ereignisse in Ungarn zu verstehen.

Der Brief verschweigt auch die „antisowjetischen Elemente“ nicht, von denen die Aktivitäten der litauischen und estnischen Studenten ausgegangen seien. Zur feindseligen Tätigkeit dieser „Elemente“ zählten die Erhebung bürgerlich-nationalistischer Forderungen, das Schüren von Feindschaft zwischen den Völkern, die Zustimmung für die ungarischen „Konterrevolutionäre“, die Aufrufe zur Abschaffung des Komsomol und zur Gründung von nationalen Organisationen an seiner Stelle sowie das Verteilen von antisowjetischen Flugblättern.⁴⁶

Im Kontext dieses ZK-Briefes an die Parteiorganisationen vom 19. Dezember ist zu beachten, dass es sich dabei nicht nur um ein parteiinternes Dokument handelte. Es war tatsächlich eher eine Direktive, die eine neue Welle von Repressionen in der sowjetischen Gesellschaft auslöste; er war gleichsam eine Gebrauchsanweisung für die Justizorgane und den KGB. Bis zum Spätherbst 1956 hatte die Kreml-Führung eine verhältnismäßig milde Innenpolitik betrieben, die ihren Ausdruck auch darin fand, dass es eben keine einheitlichen Richtlinien für die Klassifi-

⁴³ Письмо ЦК КПСС „Об усилении политической работы партийных организаций в массах и пресечении вылазок антисоветских, враждебных элементов“ [Brief des ZK der KPdSU „Über die Verstärkung der politischen Arbeit der Parteiorganisationen in den Massen und die Verhinderung von Kundgebungen antisowjetischer feindlicher Elemente], 19.12.1956, in: Доклад Н. С. Хрущева (wie Anm. 5), S. 393-401.

⁴⁴ Beschluss des Präsidiums des ZKs der KPdSU, 19.12.1956, in: Доклад Н. С. Хрущева (wie Anm. 5), S. 393.

⁴⁵ Письмо ЦК КПСС (wie Anm. 43), S. 393f.

⁴⁶ Ebenda, S. 398.

zierung von regimfeindlichen Kundgebungen und für den Umgang mit ihnen gab. Der Rundbrief vom 19. Dezember setzte dieser eher milden Periode der Schwankungen ein Ende – von nun an sollten die Schrauben wieder fester angezogen werden. Zweifellos waren die Ereignisse in Ungarn und Polen, die innerhalb der Sowjetunion einen unerwartet starken Widerhall gefunden hatten, dafür ausschlaggebend. In der Moskauer Zentrale registrierte man dies als klares Anzeichen für Gefahr und entschied sich dafür, die weitere Verbreitung dieses „Freidenkertums“ mit altbewährten repressiven Methoden zu verhindern. Freilich wollte man dabei nicht in die Stalinzeit zurückfallen.

Ende 1956 genehmigte die Partei somit die Anwendung begrenzter Repressivmaßnahmen. Der Brief listete einige recht harte Druckmittel auf, doch wurde gleich daran erinnert, dass nur die „wahren“ Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden sollten und nicht zufällige Mitläufer. Tatsächlich benannte der Brief ziemlich konkret die Risikogruppen, denen besondere Aufmerksamkeit zuteil werden sollte. Hierzu zählten die Kulturschaffenden und die Studenten, d.h. genau die Gesellschaftsschichten, die auch während der Ereignisse in Ungarn eine wichtige Rolle gespielt hatten.⁴⁷ Auch innerhalb der Sowjetunion war die Resonanz auf die ungarischen Freiheitsbestrebungen gerade in diesen Gruppen besonders kräftig gewesen. Andererseits waren die Behörden daran interessiert, dass das regimfeindliche Denken der Studenten und Gebildeten sich nicht mit der Unzufriedenheit der Arbeiter vereinigte. Bemerkenswerterweise wurde auf dem ZK-Plenum im Dezember 1956 eine Herabsetzung der Arbeitsnormen vereinbart, um den wachsenden Unmut der Arbeiter zu besänftigen, was ihnen im Grunde eine Lohnerhöhung bescherte.⁴⁸

Der Brief war aber, wie erwähnt auch als Richtlinie für den KGB zu lesen. Am 29. Dezember erließ der Sicherheitsdienst eine Anordnung, in der die lokalen Organe dazu verpflichtet wurden, ihre operative Arbeit zu verbessern, um die Organisatoren und Propagandisten der „bürgerlichen Nationalisten, Trockisten, Terroristen und anderer feindlicher Elemente“ zu erfassen und ihre weiteren Aktivitäten zu verhindern.⁴⁹ Generalmajor Kazimieras Liaudis, der Leiter des Litauischen KGB, erklärte später,

⁴⁷ Mehr zu den Veränderungen in der Repressionspolitik dieser Jahre bei Елена Паповьян, Александр Паповьян: Участие Верховного суда в выработке репрессивной политики. 1957–1958 гг. [Der Anteil des Obersten Sowjets an der Ausarbeitung der Repressionspolitik. 1957–1958], in: Корни травы. Сб. статей молодых историков [Graswurzeln. Artikelsammlung von jungen Historikern], Москва 1996, S. 54–72; Крамола: Инакомыслие в СССР при Хрущеве и Брежнев. 1953–1982 гг. Рассекреченные документы Верховного суда и Прокуратуры СССР [Aufruhr: Andersdenken in der UdSSR unter Chrusčev und Brežnev. 1953–1982. Freigegebene Dokumente des Obersten Gerichts und der Staatsanwaltschaft der UdSSR], Москва 2005, S. 36–46.

⁴⁸ Козлов, Неизвестный СССР (wie Anm. 4), S. 272.

⁴⁹ Петров, Первый председатель (wie Anm. 8), S. 171.

der ZK-Brief vom 19. Dezember habe eine „sehr wichtige Rolle“ dabei gespielt, die Arbeit der Sicherheitsorgane zu verbessern.⁵⁰ Dies darf als deutliches Anzeichen dafür gewertet werden, dass Serovs härtere Strategie in den Führungsgremien des Kreml durchaus begrüßt worden ist.⁵¹ Serov hatte dabei dem Vorschlag des Innenministers Nikolaj Durov seine Unterstützung verweigert, den Gulag zu reorganisieren. Durovs Ansicht nach sollten die meisten Strafgefangenen ihre Strafe statt in den Arbeitslagern in Gefängnissen verbüßen. Außerdem hielt er es für angemessen, die Verurteilten ihre Strafe in der Region abbüßen zu lassen, in der sie verurteilt worden waren. Derartige „westliche“ Vorschläge waren für Serov allerdings unannehmbar, worin ihn besonders ein Mitglied der sowjetischen Führung bestärkte, das sich damals mit denselben Fragen beschäftigte: Leonid Brežnev. Aber auch Chruščev stimmte Serov zu. Durovs Gegner waren davon überzeugt, dass mit der Auflösung des Lagersystems auch eine so wirksame Umerziehungsmaßnahme wie die „gesellschaftlich nützliche Arbeit“ verloren gehen würde. Zudem fürchtete man um das Ansehen des sozialistischen Staates, denn wenn die Häftlinge in Gefängnissen untergebracht wären, zeige das nur, dass es in der UdSSR eine Unmenge von Haftanstalten gibt.⁵²

In Allgemeinen hatte dieser Kurs eine Verschärfung der Repressionen zur Folge. Ausgerechnet dem „historischen“ Jahr 1956 folgte somit ein Jahr, in dem die meisten Menschen für „konterrevolutionäre“ Straftaten zur Verantwortung gezogen wurden – zumindest in Bezug auf Chruščevs Regierungszeit. Schon in den ersten Monaten des Jahres 1957 war ein deutlicher Zuwachs an repressiven Maßnahmen zu beobachten. Diese Entwicklung wird durch die offiziellen Daten der Sicherheitsorgane aus den 1950er Jahren bestätigt. Diesen Angaben zufolge wurden

⁵⁰ Siehe den Bericht des Leiters des Litauischen KGB Liaudis an den ersten Sekretär des ZK der Litauischen KP Sniečkus vom 29.4.1957. Publiziert in DAVID WOLF: The KGB Reports from Lithuania, in: Acta Slavica Iaponica 23 (2006), S. 219-240, hier S. 228 (siehe auch unter der URL: http://src-h.slav.hokudai.ac.jp/publicn/acta/23/08_wolff.pdf [28.2.2007]).

⁵¹ Serov, der 1954 mit Chruščevs Unterstützung an die Spitze des KGB gelangt war, unterstützte auch in der Außenpolitik einen kompromisslosen Kurs. Besonders gut kam dies während des ungarischen Aufstands zum Ausdruck. Als die dortigen Ereignisse am 1. November 1956 im Präsidium des ZK der KPdSU besprochen wurden, war Serov derjenige, der verlangte „entscheidende Maßnahmen“ zu treffen. Die von ihm vorgeschlagene Lösung war eindeutig: „Dieser Staat muss besetzt werden.“ Siehe Президиум ЦК КПСС. 1954–1964. Т. 1, Черновые протокольные записки заседаний. Стенограммы [Präsidium des ZK der KPdSU. 1954–1964. Bd. 1, Kladden der Protokollnotizen der Sitzungen. Stenogramme], Москва 2003, S. 194.

⁵² Vgl. Serovs Memorandum an L.I. Brežnev, 10.5.1956, in: Реабилитация: как это было. т. II., Февраль 1956–начало 80-х. (Россия. XX век. Документы) [Rehabilitierung: wie es war. Bd. 2, Februar 1956 bis Anfang der 1980er. (Russland. 20. Jahrhundert. Dokumente)], Москва 2003, S. 87-89.

vom KGB wegen „konterrevolutionärer“ Vergehen in den Jahren 1954–1959 jeweils die folgende Anzahl von Personen verurteilt:

1954 – 2 142
1955 – 1 069
1956 – 623
1957 – 2 498
1958 – 1 545
1959 – 992.⁵³

Zusammenfassung

Im Kontext der Ereignisse des Jahres 1956 sind somit folgende Momente hervorzuheben. Im Zusammenhang mit dem 20. Parteitag der KPdSU und der Geheimrede von Nikita Chruščev über den Personenkult sollte man nicht vergessen, dass sich dahinter keine konkrete Strategie verbarg, mit deren Hilfe ein gerechtes Urteil über den Stalinismus gefällt werden sollte. Für den Initiator dieses Prozesses spielte die Sicherung der eigenen Machtposition eine entscheidende Rolle. Dass Chruščevs Geheimrede, in der er den Personenkult entlarvte, sowohl innerhalb der Sowjetunion als auch international eine so starke Resonanz gefunden hat, dürfte die Kreml-Führung überrascht haben. Man hatte damit nicht gerechnet und fing sofort damit an, die verlorenen Positionen Schritt für Schritt zurückzuerobern und der Gesellschaft wieder einen Maulkorb anzulegen. Innenpolitisch führte dies dazu, dass die Partei begrenzte Repressivmaßnahmen sanktionierte, während sie außenpolitisch noch weiter ging: die Freiheitsbestrebungen der Ungarn wurden bekanntlich im November 1956 mit Hilfe sowjetischer Panzer erstickt.

Für das Baltikum war das Jahr 1956 vor allem deshalb bemerkenswert, weil das Zentrum die von Lavrentij Berija 1953 initiierte „neue Nationalitätenpolitik“ für die Randgebiete des Imperiums mit ihren Prinzipien überraschenderweise noch nicht ad acta gelegt hatte. Immer noch standen die Förderung der lokalen Sprachen sowie der bevorzugte Einsatz lokaler Kader auf den Führungspositionen der Republiken ganz oben auf der Tagungsordnung. Dies mag als Beleg dafür dienen, dass Chruščev bereits 1953 einer der Unterstützer der „neuen Nationalitätenpolitik“ war, obwohl er später den Namen Berijas in diesem Kontext niemals erwähnt hat. Im Unterschied zu 1953 wurden aber drei Jahre später keine besonderen Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Politik mehr getroffen. In einer längeren zeitlichen Perspektive ging diese politische Strategie mit den Säuberungen in der Führung der Lettischen SSR 1959 zu Ende. Im Kontext des Jahres 1956 kann man zudem definitiv sagen, dass der estnische Parteichef Ivan Kabin in seinem Schriftverkehr mit den Zentral-

⁵³ ПЕТРОВ, Первый председатель (wie Anm. 8), S. 172.

behörden am konservativsten handelte, während die lettischen und litauischen Parteiführer deutlich weniger Zurückhaltung an den Tag legten.

Die Ereignisse in Polen und Ungarn fanden auch in den drei baltischen Sowjetrepubliken, vor allem aber in Litauen und in Estland eine recht starke Resonanz. Die Reaktionen in Baltikum wurden im Kreml als ernsthafte Gefahr aufgefasst und es besteht kein Zweifel, dass die dortigen Vorfälle die Zentralbehörden dazu angeregt haben, wieder einen repressiveren innenpolitischen Kurs einzuschlagen. Insgesamt war 1956 für das Baltikum jedoch kein besonderes Umbruchsjahr. Allerdings war die gewaltsame Unterdrückung des ungarischen Aufstands auch für die Esten, Letten und Litauer ein Zeichen dafür, dass sie bis auf weiteres mit dem Sowjetregime würden vorlieb nehmen müssen.

SUMMARY

The Baltic Question in the Kremlin in 1956

With reference to the 20th Congress of the Communist Party of the Soviet Union, the year 1956 is one of the most important signposts in Soviet history after the war. In uncovering the personality cult of Stalin during a closed session of the Congress, Nikita Khrushchev did not seek first and foremost to present an honest evaluation of the Stalin era regime, but rather to secure his own position of power. However, it seems to have come as a surprise to the Kremlin authorities that this speech on Stalin's crimes met with such a great response in Soviet society as well as at the international level. This reaction had obviously not been taken into consideration and thus society was to be muzzled again, at least gradually. This led to an exertion of repressions sanctioned by the party during the latter part of the year in domestic affairs. In foreign politics the Kremlin went even further and in early November sent Soviet tanks to violently crush the Hungarians' pursuit of freedom.

1956 is also significant to the Baltic Soviet republics. Surprisingly enough, the principles of so called "new national politics" that had been in their initial stage in 1953 under Beria's short period of leadership still had not been disavowed. Thus, attention toward the local languages and promotion of national cadres to leading positions in the respective republics were still part of actual domestic policy. This seems to indicate that in 1953 Khrushchev himself had been one of the supporters of the "new national politics", although he never admitted it. Unlike in 1953, however, three years later there were no serious measures taken to implement these guidelines, although in a wider perspective only the purges in the Latvian party leadership during 1959 indicated the end of this more reser-

ved attitude of the centre to the national peripheries. A examination of the correspondence of the local party leaders with Moscow demonstrates that Estonian party leader Ivan Kābin was the most conservative in his attitudes, whereas his colleagues in Latvia and Lithuania, Kalnbērziņš and Sniečkus, had not only a lot more to say but displayed also a greater sense of openness concerning political affairs in their respective republics.

The events in Poland and Hungary elicited a wide response in the three Baltic Republics, especially in Lithuania and Estonia, mostly among students and the cultural elites. Moreover, these reactions in the Soviet Baltic societies were considered a serious threat in the Kremlin and led the party leadership to adopt a note "About nationalist and anti-Soviet phenomena in the Baltic republics". There is moreover no doubt that the Baltic reaction motivated the KPSU to exercise even more repressive methods. All in all, 1956 was definitely not a special revolutionary year for the Baltic. All the same, the suppression of the Hungarian uprising was a clear sign to the Estonians, Latvians, and Lithuanians that Soviet power would remain in force for the time being.